

Bundesverband Wärmepumpe (BWP) e. V. | Hauptstr. 3 | 10827 Berlin

Herrn Dr. Matthias Miersch
stv. Vorsitzender SPD-Bundestagsfraktion

Dr. Martin Sabel
Geschäftsführer
sabel@waermepumpe.de
030 / 208 799 711

Frau Dr. Julia Verlinden
stv. Vorsitzende Bundestagsfraktion B'90/Die Grünen

Herrn Dr. Lukas Köhler
stv. Vorsitzender FDP-Bundestagsfraktion

Herrn Timon Gremmels, MdB

Herrn Bernhard Herrmann, MdB

Herrn Konrad Stockmeier, MdB

-- per E-Mail --

1. November 2023

OFFENER BRIEF

Wärmepumpen-Branche hält trotz aktueller Verbraucherverunsicherung an Ausbauzielen fest – braucht aber verbesserte und verlässliche Rahmenbedingungen durch BEG, WPG und Absenkung der Stromsteuer

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

der deutsche Heizungsmarkt ist derzeit von einer massiven Unsicherheit bei Verbraucherinnen und Verbrauchern geprägt, hervorgerufen vor allem durch unklare Rahmenbedingungen bei Förderung, Wärmeplanungsgesetz (WPG) und Energiepreisen. Bemessen an den BEG-Förderanträgen liegt die Nachfrage nach Wärmepumpen aktuell mehr als 70% unter dem Vorjahresniveau.

Für die Unternehmen unserer Branche wird dies zunehmend zum Problem, denn sie haben über die letzten Monate europaweit Investitionen in Höhe von 5 Mrd. Euro angestoßen oder bereits getätigt, um im nächsten Jahr die notwendigen 500.000 Wärmepumpen für die deutsche Wärmewende bereitzustellen.

Bei ihrer Jahrestagung, dem Forum Wärmepumpe am 8. und 9. November, wird die Branche ihr Festhalten an den Ausbauzielen dennoch bekräftigen. Trotz aller Widrigkeiten: Klimaschutz und Energiesicherheit sind von elementarer Bedeutung und dulden kein Nachlassen bei den Anstrengungen zur Erreichung der Ziele der Wärmewende. Allerdings erwarten die Unternehmen von Ihnen, der Regierungskoalition, entsprechende politische Rahmenbedingungen, welche die Verunsicherung am Wärmemarkt beenden:

- 1.) **Die Auseinandersetzung um die BEG-Förderung muss in den jetzt anstehenden Sitzungswochen im November dringend beendet werden.** Negative Abweichungen von den bereits öffentlich angekündigten Förderkonditionen sind unbedingt zu vermeiden. Förderkonditionen etwa von der kommunalen Wärmeplanung abhängig zu machen, würde dazu führen, dass Verbraucher*innen weiterhin auf politische Entscheidungen (dann auf kommunaler Ebene) warten, anstatt zu investieren. In diesem Fall wären Attentismus bis zum tatsächlichen Vorhandensein einer Infrastruktur bzw. unnötige Fehlinvestitionen in fossile Lösungen vorprogrammiert.
- 2.) **Die Förderung muss durch eine Nachfrage-stimulierende Gestaltung der Energiepreise flankiert werden.** Dabei erachten wir zuvorderst eine **Absenkung der Stromsteuer** auf das unionsrechtliche Minimum als zentral, um faire Wettbewerbsbedingungen zu schaffen und die hohe Abgabenlast beim Strompreis zu reduzieren – nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für Privathaushalte. Unter der Voraussetzung einer erheblichen Strompreisentlastung wäre es möglich, die hohe Investitionsförderung über die nächsten Jahre schrittweise zu reduzieren.
- 3.) **Das Wärmeplanungsgesetz sollte pünktlich zum Jahresbeginn in Kraft treten und dabei klarstellen, dass private Investitionen in Wärmepumpen und andere erneuerbare Wärmeerzeuger geschützt sind.** Es darf auf keinen Fall die Situation entstehen, dass Verbraucher*innen über Jahre auf einen kommunalen Wärmeplan warten, aus Sorge, dass über mögliche Anschluss- und Benutzungszwänge Eingriffe in ihr Eigentum erfolgen könnten.

Sehr geehrte Abgeordnete, bitte lassen Sie sich im Schlusspurt dieses ereignisreichen Jahres nicht beirren. Mit dem Gebäudeenergiegesetz wurde eine zentrale Etappe auf dem Weg der Wärmewende bereits erreicht. Das stimmt uns positiv, die Ziele der Wärmewende mit den oben genannten Maßnahmen gemeinsam erreichen zu können.

Für ein vertiefendes Gespräch stehen wir jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Martin Sabel
Geschäftsführer Bundesverband Wärmepumpe (BWP) e.V.